

für einen leerstehenden, ungenutzten Raum. Es gibt ein Zugang zur Anlage, diese muss jedoch aus feuerpolizeilichen Gründen rund um die Uhr geöffnet sein. Hygiene, Privatsphäre und Sicherheit sind also kaum möglich. Jeden Tag müssen die Menschen, die dort leben beziehungsweise leiden müssen, unterschreiben, um ihre Anwesenheit zu beweisen. Die Männer leben von Nothilfe und müssen ihr Essen selber einkaufen, bezahlen und zubereiten. Vorgesehen ist eine Unterbringung von bis zu hundert Männern, insbesondere für «renitente» Personen. Die Idee scheint also zu sein, hundert traumatisierte Männer in einem Bunker einzusperren, aus den Augen aus dem Sinn.

Klar, der Kanton beziehungsweise Regierungsrat S. hat seine menschenunwürdige Politik über die Köpfe des Stadtberner Gemeinderats hinweg entschlossen. Doch es ist zu ruhig, viel zu ruhig. Der Gemeinderat scheint sich nicht öffentlich dagegen äussern zu wollen.

Vor diesem Hintergrund wird der Gemeinderat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wieso lässt der Gemeinderat eine unterirdische Unterbringung von geflüchteten Menschen zu?
2. Was gedenkt der Gemeinderat gegen die unterirdische und unmenschliche Unterbringung zu tun?

Eingereicht am 02.02.2023 in Bern

«WER ABER VOM KAPITALISMUS NICHT REDEN WILL, SOLLTE AUCH VOM FASCHISMUS SCHWEIGEN»

Über achtzig Jahre her und dieser Satz von Max Horkheimer, diese Sentenz, ist nach wie vor aktuell. Nancy Fraser hat mit derselben Idee, demselben Widerspruch in der Gesellschaft den Progressiven Neoliberalismus als heutige Form der Macht be-

nannt. Der Neoliberalismus, also das Projekt der Liberalisierung verbunden mit immer stärkeren Globalisierungstendenzen und einer allumfassenden Ausweitung der Ökonomisierung, wird in dieser Spielart mit verschiedenen Formen der Anerkennungspolitik verbunden. Symbolmacht der kommerziellen Sektoren wird verbunden mit neuen sozialen Bewegungen. Es ist eine Kombination von regressiver Verteilungspolitik und progressiver Anerkennungspolitik. So wurden Problematiken und wirtschaftliche Entwicklungen, der Angriff auf die soziale Sicherheit, hinter der Fassade der heilen Welt der neuen sozialen Bewegungen versteckt. Vereinfacht gesagt ist progressiver Neoliberalismus etwa die Tendenz, sich als grosses Unternehmen im Pride Month auf Social Media mit Regenbogenfarben einzudecken. Veränderung wird mit der komplexen Herrschaft nicht mehr geleugnet sondern zu einem Teil der Ordnung. Was kritisiert wird, wird aufgegriffen und zu Kapital umgemünzt. Wichtige soziale Kämpfe unserer Gesellschaft, wie etwa eben die LGBTQI+-Bewegung, Antirassismus, der Frauenstreik oder der Kampf gegen den Klimawandel verkommen leider viel zu oft zu einem Verkaufsargument.

So auch in Bern. Ein gutes Beispiel ist die aktuelle Diskussion rund um die Darlehen, die die Stadt bei der Fifa aufgenommen hat. Die Stadt Bern hat bei der Fifa in den vergangenen sechs Jahren 1.8 Milliarden Franken ausgeliehen. Anfangs Jahr wurde das einem breiteren Publikum bewusst, ein kleiner Skandal ist losgebrochen. Natürlich ist es äusserst verwerflich, bei der Fifa als rot-grüne Stadt Gelder zu leihen. Darüber muss wohl kaum diskutiert werden. Interessant ist aber zu sehen, wie die Verschleierungstaktik des progressiven Neoliberalismus auch hier wieder wirkt. Verschiedene Fragen stellen sich. So lohnt es sich schon mal nachzuschauen, wer aus dem Berner Stadtrat das Ganze ins Rollen gebracht hat. Der ganze Skandal rund um diese Gelder wurde aufgerollt, nachdem aus den Reihen der Fraktion FDP/JF und Mitte eine Kleine Anfrage im Stadtrat eingereicht wurde. Wieso kommt nun also diese Anfrage von solchen Parteien. Wollen die Jungfreisinnigen, welche diese Anfrage miteingereicht haben, die widerlichen Auswüchse des Kapitalismus, für welche die Fifa steht, kritisieren? Wohl kaum. Warum deckt man erst jetzt auf, dass die Stadt Bern bei der Fifa Geld leiht? Die Verbindung zum Kapitalismus wird nie hergestellt. Es wird

nicht diskutiert, dass die Fifa Menschen im Namen der Profitmaximierung zu Tode arbeiten liess, dass die Fifa schon seit langem zu einem unmenschlichen kapitalistischen Geschwür verkommen ist, nichts dergleichen. Von den Einreichenden wird lediglich ein moralischer Kompass bei den Darlehen vermisst; man fragt sich, ob denn nach so vielen Korruptionsvorwürfen die Fifa als Geldgeberin tragbar sei. Die Fifa kann nun direkt mit unmoralischem Handeln in Verbindung gebracht werden und muss nicht mehr über kapitalistische Auswüchse, die sie ja verteidigen wollen, kritisiert werden. Daraus lässt sich natürlich politisches Kapital schlagen. In Reaktion darauf hat nun die SP/JUSO-Fraktion eine Motion im Stadtrat eingereicht, die verbindliche Richtlinien über die Finanzflüsse der Stadt Bern fordert. Opportunismus pur. Seit Jahren leiht die Stadt Bern über Darlehen und Obligationenanleihen Gelder bei der Credit Suisse, der UBS, der Deutschen Bank, Vontobel und Pictat, nur um einige der bisher akzeptierten Geldgeber*innen zu nennen. Aber über den Kapitalismus scheint ja offenbar niemand sprechen zu wollen. Für einmal muss ich dem Gemeinderat Aebersold Recht geben, wenn er in diesem Zusammenhang also von einer Doppelmoral spricht. Unser Fazit ist jedoch wahrscheinlich ein komplett anderes. Um die Ziele der Stadt Bern als Stadt der Beteiligung, als offene, soziale Stadt für Alle, als klimaneutrale Stadt zu erreichen, müssen wir den Kapitalismus wie auch den Faschismus kritisieren. Die Fifa wie die Credit Suisse. Und zwar als Stadt. Gelder sollten von keiner Bank kommen, die sich an dieser Logik beteiligt, am Kapitalismus profitiert, den Kapitalismus verlängert und vertritt. Solange das nicht auch mitkritisiert wird, ist die ganze Aufregung über die Fifa-Gelder eine reine Inszenierung. Von Links bis Rechts. Massive Menschenrechtsverletzungen, Korruption und Sklaverei sind direkte Folgen unserer kapitalistischen Gesellschaft. Wir können nicht Menschenrechtsverletzungen anprangern, ohne den Kapitalismus anzugreifen. Es scheint mir fast schon banal, das zu schreiben, aber es ist offenbar immer noch nicht allen bewusst, auch in einer vermeintlich linken Stadt wie Bern. Das zeigt auch die Antwort auf ein Postulat meiner ehemaligen Ratskollegin Eva Gammenthaler: Für die Stadt Bern stehe «eine nachhaltige Gestaltung der Wirtschaftsordnung und deren sozial- und umweltverträgliche Ausrichtung [...] im Vordergrund und nicht die Überwindung des Kapitalismus»¹. Die Fifa scheint also nicht mehr sozial- und umweltverträglich zu sein. UBS, CS und Co.

aber schon. Die sind ja nur kapitalistisch, aber nicht asozial – ist das die Überlegung? Unsere Aufgabe ist es also, immer wieder darauf hinzuweisen, wie sehr sie sich irren.

Matteo Micieli

1. <https://ris.bern.ch>

NICHT NOCH MEHR ÖL INS FEUER GIESSEN

Die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) ist entsetzt über die aktuelle Eskalation im Ukrainekrieg, die durch die Panzerlieferungsbeschlüsse von Nato-Ländern hervorgerufen wurde. Auch Schweizer Medien und Politiker:innen giessen weiter Öl ins Feuer: Sie fordern ebenfalls Waffenlieferungen an die Ukraine. Mit dem gleichen Ziel sind derzeit auch diverse Vorhaben zur Aufweichung des Kriegsmaterialgesetzes im Parlament hängig. Die PdAS erinnert daran, dass die aktuelle Fassung dieses Gesetzes erst seit dem 1. Mai 2022 in Kraft ist. Hier wurden die Verschärfungen eingearbeitet, welche die im November 2020 erfolgte Annahme des Gegenvorschlags zur Volksinitiative verlangte. Die PdAS hatte damals die weitergehende Volksinitiative unterstützt. Heute setzt sie sich gegen jegliche Form einer Aufweichung ein, die der Schweiz oder Nachbarländern Waffenexporte in die Ukraine erlauben würde.

Die PdAS tritt für ein Ende der Eskalation und des Krieges ein. Nur Verhandlungen können diesen Krieg beenden und den Frieden bringen, den alle so dringend brauchen. Verhandlungen sind die einzigen wirklichen Lösungen für Konflikte.

Die PdAS fordert:

- Keine Lieferung von Ausrüstung an das ukrainische Militär
- Keine Lieferung von Waffen oder Munition in die Ukraine, durch niemanden
- Einsatz der Schweizer Diplomatie für Verhandlungen

Partei der Arbeit der Schweiz